

Kontakt

Erfolg für das Leben!
Initiativen gegen Sterbetourismus und Suizidhilfe eingereicht

9'214 Unterschriften
gegen den Sterbetourismus!
8'696 Unterschriften
gegen die Suizidhilfe!
—> Seiten 2 und 3



Auftragsorientiert

Liebe Leserin, lieber Leser

In letzter Zeit verstärkt sich der Druck auf die Christen zusehends.

- Fromme Lehrer werden zur Gefahr für die Volksschule erklärt.
- Die EDU kommt von allen Seiten ganz massiv unter Beschuss, weil sie den homosexuellen Lebensstil in Frage stellt und auf die negativen Folgen hinweist (siehe Seiten 3-7).
- Unter anderem wird unsere Aussage: «Gott schenkt Befreiung aus der Homosexualität.» im Kantonsrat als Diskriminierung verurteilt und als verfassungswidrig hingestellt – unter Bravorufen und Applaus.
- Auch christlich gesinnte Politiker distanzieren sich von diesen Feststellungen und solidarisieren sich mit der Ratsmehrheit.
- Viele Politiker haben eine absonderliche Abneigung, wenn wir sie darauf aufmerksam machen, dass der Segen Gottes vom moralischen Verhalten abhängt.



Die Beispiele liessen sich vermehren. Die Christenschelte ist Bestandteil von gezielter Scharfmacherei. Sie trägt totalitäre Züge und erinnert an die Judenhetze im Aufmarsch des Dritten Reiches. Vorkommnisse in England und Deutschland zeigen, in welche Richtung es gehen soll.

Der Verlust der Freiheit wird durch Desinteresse, Schweigen und Anpassertum selbst verschuldet. Wer sich dereinst verwundert die Augen reiben muss, weil Christsein zum Schimpfwort geworden und das Verkünden von absoluter Wahrheit verboten sind, hat wohl zu lange geschlafen.

Was heisst es, Salz und Licht zu sein?

Christen in der Politik haben die Aufgabe, Gottes Sicht der Dinge in die Diskussion einzubringen. Tun sie das nicht, sind sie nutzlos – für Gott und die Mitmenschen.

Christen stehen in Fundamentalopposition zum Zeitgeist. Diese Positionierung ist uns von Gott auferlegt. Für die EDU ist sie Verpflichtung und Auftrag. Wir wollen dieses Mandat möglichst treu erfüllen. Wir sind verpflichtet, Trennungslinien zwischen Gut und Böse zu ziehen, selbst wenn

wir wünschten, es nicht tun zu müssen.

Beherzt und mutig, im Vertrauen auf Gott wollen wir seine Sicht der Dinge vertreten, ob es politisch günstig oder ungünstig scheint. Unser Anliegen ist es, bei Gott einen guten Ruf zu haben, nicht bei den Meinungsmachern.

Zur Erfüllung dieses Auftrags brauchen wir keine Mehrheit – aber Ihre Mitarbeit! Beispielsweise als Beter, Spenderin, Sponsor, Kandidat für die Wahlen im nächsten Frühling, Wahlhelfer oder Mitarbeiter/in in einem Vorstand – Letzteres ganz dringend in der Stadt Zürich (siehe letzte Seite)!

Wir als EDU wollen weiterhin hinstehen für die Wahrheit. Denn Politik ohne Wahrheit wird zur Tyrannei. Wahrheit aber macht frei – uns und die Zuhörer!

Ganz herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit

Daniel Suter

Ihr Daniel Suter, Parteipräsident



Daniel Suter Winterthur

Suizidhilfe verbieten: Die Initiativen Euro-Pride 09: Wirbel um die EDU Berichte von unseren Kantonsräten Agenda und «Aufbruch in Zürich»

2
3-7
8-11
12

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

LoveLife! Das Leben schützen – Suizidhilfe verbieten



Medienkonferenz im Zürcher Rathaus. Stefan Dollenmeier und das Initiativkomitee orientieren die Medien, dass beide Initiativen gegen die Suizidhilfe zustande gekommen sind und am 28. Mai eingereicht werden.



Daniel Suter

Es ist eine mörderische, eine teuflische Freiheit, das eigene Leben zu einem selbst bestimmten Zeitpunkt gewaltsam zu beenden. Wir stehen ein für die Freiheit, Gott und den Mitmenschen zu lieben, indem wir uns an Gottes Wort halten.

Daniel Suter

Die Ende November lancierten Zwillingssinitiativen konnten Ende Mai mit rund 9200 beziehungsweise 8700 Unterschriften eingereicht werden. Fünf Wochen vor dem Abgabetermin war ungewiss, ob die nötigen je 6000 Unterschriften zusammenkommen würden... Nach dem zähflüssigen Rücklauf in den Monaten März und April staunten wir und dankten Gott, als wir in den letzten vier Wochen mit 3300 und 3200 Unterschriften überhäuft wurden! Der Kampf für das Leben und gegen die Hilfe beim Selbstmord gehen weiter. Die Suizidorganisationen drängen rigoros auf möglichst liberale gesetzliche Regelungen für ihre zweifelhafte «Dienstleistung».

Von Daniel Suter, Geschäftsführer

Meilenstein in der EDU-Geschichte

Im Zentrum der ersten beiden Volksinitiativen, welche die EDU Kanton Zürich in ihrer 30-jährigen Geschichte lanciert, finanziert und erfolgreich eingereicht hat, steht der Wert des Lebens, die Menschenwürde. Dass wir dies alles zusammen mit Ihnen erreichen durften, freut mich riesig – **vielen herzlichen Dank!**

Hilfe zum Suizid verhindern

Seit Jahren agieren die Suizidhilfeorganisationen in einer rechtlichen Grauzone. Geschickt nutzen sie eine Lücke im Gesetz für ihre Tätigkeit aus. Dabei preisen sie sich als Verfechter von Freiheit und Selbstbestimmung an. Eine Freiheit ganz besonderer Art: Wer sie nutzt, tut es das letzte Mal.

Zur Verhinderung des Sterbetourismus will die eine Initiative, dass Suizidhilfe an Personen ohne mindestens 1-jährigen Wohnsitz im Kanton Zürich verboten wird. Die zweite Initiative beauftragt den Kanton Zürich, mit einer Standesinitiative zu verlangen, dass im Strafgesetz jede Art von Verleitung und Beihilfe zum Selbstmord verboten wird.

Mit diesen Initiativen ist ein ganz wichtiger Schritt getan. Damit ist der Kampf noch keineswegs ausgefochten. Derzeit werden die Unterschriften geprüft und beglaubigt. Danach wird das Zustandekommen offiziell mitgeteilt. Innerhalb von zweieinhalb Jahren müssen die Volksabstimmungen stattfinden.

Wir alle müssen wachsam bleiben und den verzerrten Vorstellungen von Freiheit und Selbstbestimmung die Wahrheit von Gottes Wort entgegenhalten. Er sagt:

«Du sollst nicht töten» und «Ich bin gekommen, um Leben zu bringen – Leben in ganzer Fülle», weiter «Kommt zu mir, ihr alle, die ihr euch plagt und von eurer Last fast erdrückt werdet.»

Viel investiert

Diese beiden Initiativen haben die EDU bisher rund 35'000 Franken gekostet. Wir sehen dies als Investition im Kampf um wahre Freiheit und Menschenwürde. Diese Ausgaben haben jedoch ein nicht geringes Loch in unsere Kasse gerissen. Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie uns beim Stopfen

Impressum

EDU-Kontakt, Nr. 110, Sommer 2009

Der «EDU-Kontakt» ist das christlich-politische Bulletin der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) Kanton Zürich. 18. Jahrgang, Auflage: 9'500 Ex.

Herausgeber

EDU Kanton Zürich
Bürglistr. 31, Postfach 248
8408 Winterthur
Tel./Fax: 052 222 42 61, Natel: 079 216 03 16
www.edu-zh.ch, info@edu-zh.ch

«EDU-Kontakt»-Abonnement

Der «EDU-Kontakt» erscheint siebenmal jährlich und kostet nur 10 Franken. Für Parteimitglieder ist das Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Von den Unterstützungsbeiträgen der Nichtmitglieder gelten die ersten 10 Franken der Spende als Abonnementsbeitrag.

Ihre Spende an die EDU ist vom steuerbaren Einkommen abziehbar!

Mit dem **orange** Einzahlungsschein (mit 27-stelliger Referenz-Nr.) können Sie Ihre Spende auf das EDU-Konto 01-64710-1 überweisen. Mit dem **roten** Einzahlungsschein können Sie auf das EDU-Postcheckkonto 80-37173-6 einzahlen. **Besten Dank für Ihre sehr geschätzte Unterstützung!**

Save Life!

Die Initiativen in Zahlen

| Bezirk | Suizid-tourismus | Suizid-hilfe |
|--------------|------------------|--------------|
| Affoltern | 250 | 248 |
| Andelfingen | 165 | 174 |
| Bülach | 964 | 897 |
| Dielsdorf | 442 | 442 |
| Dietikon | 165 | 168 |
| Hinwil | 2064 | 1940 |
| Horgen | 717 | 671 |
| Meilen | 840 | 632 |
| Pfäffikon | 721 | 665 |
| Uster | 784 | 739 |
| Winterthur | 1210 | 1209 |
| Zürich | 892 | 911 |
| Total | 9214 | 8696 |

helfen! Zudem haben mehrere Mitglieder des Initiativkomitees, weitere Einzelpersonen sowie Bezirks- und Ortsparteien eigene Aktionen finanziert.

Druck auf Kanton, Gemeinden und Bundesrat wächst

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 17. Juni 2009 eine erste Aussprache zur organisierten Suizidhilfe geführt. Zur Diskussion standen gesetzliche Schranken und ein Verbot der organisierten Suizidhilfe. Der Bundesrat ist in dieser ethisch kontroversen Frage geteilter Meinung. Er wird deshalb eine Vernehmlassung mit mehreren Varianten erarbeiten und zur Diskussion stellen.

Exit drängt derweil auf eine Übereinkunft mit dem Kanton Zürich. Mit dieser kantonalen Regelung werden Fakten geschaffen, welche für die angestrebte nationale Lösung wegweisend sein werden. Exit will zum Beispiel, dass Suizidbegleitungen schnell durchgeführt werden. Innerhalb von 24 Stunden nach der Anfrage um Suizidbegleitung soll der Suizid vollzogen werden können. Da bleibt kein Raum für sorgfältige ärztliche Abklärungen.

Dignitas versucht seit längerem, in Wetzikon Fuss zu fassen. Neuerdings will die Organisation auch in Pfäffikon/ZH Suizide durchführen. Der Druck auf die lokalen Behörden steigt.

Grosse Unterstützung vom Oberland über Winterthur bis ins Unterland

Die nebenstehende Tabelle zeigt, in welchen Bezirken wie viele Unterschriften gesammelt worden sind.

Auffallend ist, dass 22 Prozent aus dem Bezirk Hinwil kommen und dort vor allem aus den Gemeinden Wetzikon, Rüti, Gosau und Wald.

Die Initiative gegen den Sterbetourismus erhält erwartungsgemäss mehr Zuspruch als ein generelles Verbot der Suizidhilfe. In einigen Bezirken allerdings werden beide Initiativen ungefähr gleich stark unterstützt. In Andelfingen, Dietikon und Zürich wird das Verbot der Suizidhilfe sogar stärker begrüsst. In der Stadt Zürich befürworten viele Betagte ein generelles Verbot. ■

Euro-Pride 09

Wirbel um die EDU: Fraktion prallt auf den Zeitgeist

Der beispiellose Eklat im Zürcher Kantonsrat hat die EDU landesweit in die Medien gebracht. Biblische Grundhaltung und Zeitgeist prallten hörbar aufeinander.

Von Daniel Suter

Im Mai war die Stadt Zürich Schauplatz des europäischen Schwulen- und Lesbenfestes Euro-Pride 09. Die EDU-Fraktion hatte sich bereits letztes Jahr dazu geäussert und verlangt, dass für diesen Anlass keine öffentlichen Gelder zur Verfügung gestellt werden. Kurz vor dem Beginn des Festivals hat die

Fraktion ein zweites Mal Stellung bezogen und auf die vielen negativen Folgen dieses Lebensstils hingewiesen. Nochmals wurde von uns gesagt, dass es unverantwortlich sei, wenn dieser Anlass mit Steuergeldern unterstützt werde. Euro-Pride-Sponsoren, die staatliche Gelder erhalten, sind Zürich Tourismus, Tourismus Schweiz, die SBB und die Stadt Zürich. Am 16. Mai enthüllte die NZZ zudem, was der Regierungsrat zu verheimlichen suchte: Die Euro-Pride wurde mit 100'000 Franken aus dem Lotteriefonds unterstützt. Die Zeitung vermutet, dass die Euro-Pride dank guten Beziehungen zur Kantonsregierung an Fondsgelder herangekommen ist. Der Mediensprecher der Euro-Pride ist nämlich zugleich Medienverantwortlicher der Justizdirektion und Redenschreiber von Direktionsvorsteher Markus Notter – der besagtes Festival eröffnete ...

Enormes Interesse an der EDU

Was von der EDU als einfache, aber deutliche Fraktionserklärung gedacht war, wurde zu einem Riesenvirbel, der die Medien mehrere Tage beschäftigte. Dies darum, weil der schwule Kantonsrat Hans-Peter Portmann unsere Stellungnahme mit der Zustimmung aller anderen Parteien scharf verurteilte. Erst dadurch erlangte unsere Erklärung das enorme Medieninteresse. Dies gab uns Gelegenheit, unsere Haltung einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Obschon sich die Medien Mühe gaben, uns in die Pfanne zu hauen, wurden unsere Argumente von vielen gehört. Die nächsten Seiten geben Ihnen einen Überblick über das Geschehen – angefangen mit dem Interview von Idea Schweiz.

Kantonsrat Michael Welz zum Aufruhr nach seiner Erklärung gegen die Euro-Pride

«Ein solches Festival ist nicht gottgewollt»

«Eclat wegen Schwulenhetze im Kantonsrat» titelte der «Tages-Anzeiger» letzte Woche. Auslöser war eine Erklärung von EDU-Kantonsrat Michael Welz gegen die Zürcher Euro-Pride. Woran ihm wirklich liegt, sagte der 41-jährige Landwirt in einem Gespräch in Oberembrach.

«Spektrum»: Sie haben im Zürcher Kantonsrat mit einer Stellungnahme gegen das schwul-lesbische Festival einen Eclat verursacht. Bewusst?

Michael Welz: Nein nein! Wir haben ja schon vor einem Jahr eine Fraktionserklärung abgegeben, als die Euro-Pride angekündigt wurde. Damals gabs im Rat ein paar Seufzer und einige, die aus Protest den Saal verliessen. Doch damit hatte es sich. *(Hier wird unser Gespräch unterbrochen, weil ein privater TV-Sender anruft, der sich für ein Interview anmeldet.)*

Wie erklären Sie sich jetzt den grossen Aufschrei?

Ich habe den Eindruck, dass man unsere Erklärung bewusst missverstehen will. Die Homosexuellen reagieren sehr sensibel auf jede Kritik und fühlen sich entsprechend schnell diskriminiert. Zudem ist das Thema möglicherweise für die Medien ein dankbarer Lückenfüller, damit man nicht nur über die Finanzkrise und die Schweinegrippe berichten muss.

Wie stehen Sie zum schwulen FDP-Kantonsrat Hans Peter Portmann, der Sie nach Ihrer Fraktionserklärung scharf angegriffen hat?

Zur Person

Michael Welz, 41, verheiratet mit Tabea, 4 Kinder im Alter von 15, 13, 11 und 9 Jahren, Landwirt, wohnhaft in Oberembrach. Aufgewachsen in Trogen AR. Als Mitglied der örtlichen Rechnungsprüfungskommission in die Politik eingestiegen. Seit 2007 Mitglied des Zürcher Kantonsrats, einer von fünf EDU-Vertretern. Hobby: Singen im gemischten Chor.



«Sei stark und mutig»: Michael Welz will sich auch als Politiker auf das Wort Gottes stützen, wie er in seiner Küche betont.

Ich ging vor seiner Stellungnahme und auch nachher zu ihm und erklärte ihm, wie sehr ich ihn schätze, auch seine sonst sehr sachliche Art. Und ich sagte ihm, dass unsere Erklärung nicht auf Personen abziele, sondern allein auf die Euro-Pride. Ich versuchte ihm darzulegen, dass es uns einfach Sorgen macht, wenn der homosexuelle Lebensstil so angepriesen und eine Euro-Pride als Werbeplattform benutzt wird.

Wie hat er reagiert?

Er meinte, man könne doch nicht von einer Werbeplattform reden.

Ihre Stellungnahme war so mit der EDU-Fraktion abgesprochen?

Genau, ich habe sie verfasst, und dann haben wir sie in unserer Fraktion angeschaut, abgeändert und ergänzt. Alle fünf Mitglieder haben ihr überzeugt zugestimmt.

Was wollten Sie mit Ihrer Erklärung erreichen?

Wir wollten unsere Bedenken äussern und zum Ausdruck bringen, dass ein solches Festival nicht gottgewollt, nicht gesellschaftsfördernd und auch nicht nachhaltig ist. Wir gingen auch auf die verschiedenen Gesundheitsrisiken, insbesondere beim schwulen Lebensstil, ein. Und wir haben betont, dass wir uns mit derartigen Anlässen dem Segen Gottes entziehen. Die Verfassung und unser Amtsgelübde verpflichten uns, für das Wohl des Volkes zu sorgen.

Was stört Sie am meisten an dieser Euro-Pride?

Hier wird ein Lebensstil propagiert, der sich für unsere Jugend und die Gesellschaft negativ auswirken wird. Stellen wir uns vor, wo unsere Gesellschaft heute wäre, wenn unsere Eltern schon die Lebensformen gelebt hätten, die wir heute praktizieren!

Haben Sie als Politiker schon ähnliche Angriffe erlebt wie jetzt im Kantonsrat?

Ich persönlich nicht in dieser Form, aber unsere Fraktion wurde in andern Fällen auch schon böse verurteilt, insbesondere Stefan Dollenmeier, der acht Jahre als alleiniger EDU-Kantonsrat im Rat war. Jetzt sind wir fünf Schultern, die einander tragen helfen. Diesmal gab es Applaus von allen Seiten gegen uns, doch es gab auch andere Stimmen. Von der SVP habe ich einige positive Reaktionen bekommen, insbesondere auch von nichtbekenndenden Christen. Etwas enttäuscht war ich über die Zurückhaltung der EVP und deren Mitunterstützung bei der Gegenreaktion aller anderen Parteien.

In den Medien gelten Sie nun als «Schwulenhetzer».

Die Medien haben meine Aussagen zum Teil verdreht wiedergegeben. Ich habe zum Beispiel nicht gesagt, ich würde den homosexuellen Lebensstil nicht tolerieren, und ich habe Homosexuelle als Personen keineswegs diskrimi-

niert. Für mich ist wichtig, dass ich vor Gott das Richtige mache. Dann können mir Verunglimpfungen egal sein. Ich mache mein Amt ja nicht für mich. Ich hatte von Gott einen klaren Auftrag. Deshalb musste ich in den Saal rufen: «Gott schenkt Befreiung aus der Homosexualität!» Ist das nicht ein geniales Angebot von Gott, von Jesus? Dieses Angebot ist doch nicht gegen homosexuelle Menschen gerichtet, im Gegenteil! *(Es klingelt. Eine jüngere Frau überbringt eine Karte, dankt Michael Welz für seinen mutigen Auftritt und wünscht ihm Gottes Segen.)*

Ihnen wurde von den andern Fraktionen Diskriminierung und gar Verfassungswidrigkeit vorgeworfen.

Das belastet mich gar nicht. Was wurde Jesus und Paulus nicht auch alles angelastet! Jesus hält sich zu denen, die sich zu ihm halten. Soll ich mich darüber beklagen, dass ich als Autofahrer von den Grünen immer wieder diskriminiert werde, wenn sie sagen, Autofahrer seien Umweltverschmutzer? Ich stehe zu 100 Prozent zu dem, was ich gesagt habe, aber nicht zu dem, was in den Medien alles herumgereicht wird.

Was hat Sie am meisten überrascht?

Überrascht und gefreut haben mich die vielen positiven Reaktionen und die Zusagen, dass jetzt noch mehr Leute intensiv für unsere Arbeit, für den Kanton und auch für unsere Familie beten. Ich kam in den letzten 24 Stunden kaum aus dem Büro. Das Telefon hat bis spät abends geläutet. Es meldeten sich auch Homosexuelle, die eigentlich Hilfe suchen.

Offenbar gab es auch Kritik von Christen zu Ihrem Auftritt.

Das tut viel mehr weh als Kritik von Nichtchristen. Wir haben als Christen doch das gleiche Ziel. Doch wir sollten differenzieren können, dass wir verschiedene Aufgaben haben. Nicht jeder Christ hat den gleichen Auftrag und macht die gleichen Aussagen wie ich. Darum gibt es doch auch die verschiedenen Denominationen.

Wie reagieren Ihre Familie und Ihre Kinder auf den ganzen Wirbel?

Eigentlich sehr positiv. Wir haben in der Familie gute Gespräche geführt. Einzelne böse Anrufe haben meine Frau und die Kinder aber stark beschäftigt. Gerade für meine Frau ist diese Situation schon sehr belastend. (Michael Welz hat Tränen in den Augen.) Ich bin froh, dass sie ein offenes Ohr hat und dass wir zusammen beten und uns bewusst unter die bewahrende Macht Jesu stellen können.

Wofür beten Sie?

Ich bin überzeugt, dass Gott Grosses wirken will. Es gibt viele Homosexuelle, die unter ihrem Lebensstil leiden. Jesus Christus will ihnen Befreiung schenken. Vor meiner Fraktionserklärung haben wir dafür gebetet, dass die Euro-Pride unserem Kanton und der Gesellschaft nicht schaden kann. Jetzt beten wir mehr darum, dass Befreiungen stattfinden können.

Wie gehen Sie als Christ mit solchen Angriffen um?

Wir haben in Jesu Sieg eine Kraft, die hilft, und diese Kraft hat mir in all den Angriffen eine unsagbare Ruhe geschenkt. Wenn man keine Schönwetterpolitik und keine fromme Fähnlipolitik betreibt, kommt man unter Beschuss. Deshalb bin ich umso erfreuter, dass Gott mich durch sein Wort in der Richtigkeit der Fraktionserklärung laufend bestärkt.

Wie lautet Ihr Auftrag denn?

Mein ganzes Amt als Kantonsrat

betrachte ich als Auftrag von Gott. Er hat mich in dieses Amt geführt. Ich mache diese Aufgabe nicht, um mich zu profilieren und wieder gewählt zu werden. Es ist dies einfach der Weg, den mich Jesus geführt hat. Wenn diese Wegstrecke abgelaufen ist, wird mir Gott einen neuen Auftrag schenken. Mir wäre sicher auf dem Bauernhof ebenso wohl, und ich könnte da manches Projekt verwirklichen, das jetzt aufgeschoben wird. Manchmal habe ich mich für mehr Gerechtigkeit einzusetzen, zum Beispiel in der Landwirtschaft. Jetzt war ein Wort gegen den homosexuellen Lebensstil angebracht. Ich will als Politiker in der Verantwortung vor Gott stehen. Von ihm habe ich den Auftrag, für christliche Werte einzustehen, ein Licht zu sein, aber auch als Salz zu wirken, wie diesmal.

Macht die Politik bei so viel Widerstand wirklich noch Freude?

Ja, gewiss! Wenn ich seinen Auftrag erfülle, schenkt Gott erst recht auch die Freude. Ich gehe auch nächsten Montag mit Freude an die Kantonsratssitzung. Ich werde Hans Peter Portmann speziell Grüezi sagen und ihn fragen, wie es ihm geht. Ich bete für ihn, wie auch für andere Homosexuelle im Kantonsrat.

Wie erleben Sie Gottes Hilfe in der Politik?

Durch viel Ermutigung einer treuen Beterschar, die sichtbar den Arm Gottes bewegt. Ich wusste am Sonntag im Gottesdienst noch

nicht, dass ich am Montag die Fraktionserklärung abgebe. Wir haben das erst am Sonntagabend so abgemacht. Doch ich habe aus dem Gottesdienst den 14. Vers aus Psalm 27 mitgenommen. Dort heisst es: «Vertraue auf den Herrn! Sei stark und mutig, vertraue auf den Herrn!» Am Montag begleitete mich dieser Vers im Rat auf Schritt und Tritt. Angesichts der Kritik von frommer Seite fragte ich mich auch, ob ich anders gehandelt habe, als es Jesus oder auch Paulus getan hätten. Da stiess ich heute Morgen auf ein Wort aus Lukas 12. Hier sagt Jesus: «Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern Auseinandersetzung. Warum weigert ihr euch, zu erkennen, was gut und richtig ist?»

Wie bringen Sie momentan Ihren Hof hier in Oberembrach und die Politik unter einen Hut?

Der liebe Gott hat jetzt im richtigen Moment Regenwetter geschickt! Ich darf es immer wieder erleben, dass politisch gerade dann «nabis» abgeht, wenn auf dem Hof weniger grosse Arbeiten anstehen. Mir ist in dieser Situation auch David zum Vorbild geworden. Er sagt zu Gott: «Mein Herz hält dir vor dein Wort... Ihr sollt mein Antlitz suchen.» Und dann fügt David bei: «Herr, weise mir deinen Weg!» Wenn ich Gottes Nähe suche, erlebe ich, wie er mir seinen Weg weist. Ich bin überzeugt, dass Gott auch die Verantwortung für das betriebliche Geschehen übernommen hat.

Interview: **ANDREA VONLANTHEN**

Was Michael Welz im Zürcher Kantonsparlament genau sagte

Die Fraktionserklärung der EDU zur Zürcher Euro-Pride 09 im Wortlaut: «Die Stadt Zürich steht im Wonnemonat Mai im Zeichen lesbisch-schwuler Festivitäten. Es ist bekannt, dass der homosexuelle Lebensstil mit vielen gesundheitlichen Risiken behaftet ist, was zahlreiche Studien insbesondere beim schwulen Lebensstil belegen können. Dazu gehören Gesundheitsrisiken wie:

- hohes Aids-Risiko
- hohes Depressionsrisiko
- hohes Selbstmordrisiko
- hoher Drogen- und Rauschmittelkonsum (Studie BAG).

Auch fehlt in dieser Lebensform die heute überall verlangte Nachhaltigkeit. Oder spielt die Nachhal-

tigkeit bei der gesellschaftlichen Orientierung und Selbstverwirklichung keine Rolle? Homosexualität ist weder gottgewollt noch gesellschaftsfördernd! Mit einer Werbeplattform für diesen Lebensstil, wie sie die Euro-Pride darstellt, wenden wir uns als Kanton und Stadt Zürich vom Segen Gottes ab. Dabei hätten wir den Segen Gottes gerade in der heutigen wirtschaftlichen Situation besonders nötig.

Deshalb ist die EDU-Fraktion empört, und es schmerzt uns, dass unser Kantonshauptort fünf Wochen lang zu einer Werbeplattform für den homosexuellen Lebensstil umfunktioniert wird. Die EDU wehrt sich für die Bevölkerungsteile, welche diesen Propagandafeldzug

nicht goutieren und aus ihrem Verantwortungsbewusstsein diese Beeinflussung unserer Jugend und Gesellschaft ablehnen. Was wir säen, werden wir oder eben unsere Kinder ernten.

Es ist aus unserer Sicht darum völlig unverantwortlich, dass staatliche Sponsorengelder in diesen Anlass fliessen. Offizielle Sponsoren von Euro-Pride 09 sind die mit Steuergeldern unterstützten Organisationen Zürich Tourismus und Tourismus Schweiz sowie die defizitäre SBB. Unterstützung erhält die Euro-Pride auch von der Stadt Zürich.

Wir möchten zum Schluss den Medien und in den Saal rufen: Gott schenkt Befreiung aus der Homosexualität!»

GRÜEZI

Gefährliche Wahrheiten

Aus dem Editorial von Idea Spektrum 19/2009

Gleich vorweg: Dieser Text kann gefährlich sein. Wenn Sie ihn bejahen und gar verbreiten, können sie der Diskriminierung und der Ehrverletzung beschuldigt werden. Sie gelten dann als Schwulenhasser und frommer Reaktionär.

Michael Welz, 41-jähriger EDU-Kantonsrat aus Oberembrach, kam landesweit in die Schlagzeilen, weil er sich in einer Fraktionserklärung gegen die «Euro-Pride09» gestellt hatte. Gegen das schrille Festival also, das europäische Schwule und Lesben momentan zu Tausenden an die Limmat pilgern lässt. Welz sprach von einer Werbeplattform für einen Lebensstil, der «weder gottgewollt noch gesellschaftsfördernd» sei. Damit entzögen wir uns dem Segen Gottes. Er erinnerte an die gesundheitlichen Risiken, die vor allem zum schwulen Lebensstil gehörten. Und zuletzt rief er: «Gott schenkt Befreiung aus der Homosexualität!»

Letztlich bleibt es gefährlich, konsequenter Christ zu sein. Es war Stephanus, der feurige Jünger Jesu, der den Machthabern und Meinungsmachern seiner Zeit «verstockte Herzen und taube Ohren» vorwarf. Die ehrwürdige Gesellschaft wusste sich nicht anders zu helfen, als laut zu schreien und Stephanus zu steinigen. Bei uns werden mutige Christen nur verbal und medial gesteinigt. Offensichtlich je länger desto mehr.



Andrea Vonlanthen

Der Autor ist Chefredaktor von Idea Schweiz.

Euro-Pride 09

Brachiales Gewitter über der Euro-Pride-Parade!

100'000 Besucher werden zur Parade der Euro-Pride 2009 erwartet! So verbreiteten «Tages-Anzeiger» und «Blick am Abend» die Prognosen des Euro-Pride-OK noch einen Tag vor der Parade am Samstag, 6. Juni 2009.

Von Conny Stettler-Zraggen, Zürich

Euro-Pride unter riesigem Erfolgsdruck

Inzwischen ist die Euro-Pride Geschichte. 15'000 bis 20'000 Parade-Teilnehmer hatte die Stadtpolizei gezählt. Die Organisatoren sprachen von 50'000 (!) mit ebenso vielen am Strassenrand. Auch zum Schluss der Euro-Pride also wieder dasselbe Verhalten. Das Euro-Pride-OK tut alles, um Realitäten gemäss seinen eigenen Vorstellungen zu definieren.

Was nicht ins Erfolgskonzept passt ...

Der «Tages-Anzeiger» hatte wiederholt darüber berichtet, dass Christen für eine Verhinderung der Euro-Pride-Parade durch Regen beten. Natürlich brach die Menge in Jubel aus, als kurz vor Start des Umzugs die Sonne durch die Regenwolken hervorbrach. Schon wähnte man sich im Sieg. Der entzückte Tross setzte sich im Schatten des Ostwindes mit lauter Musik in Bewegung. Kurz vor fünf siegte dann aber der Westwind. Druck- und Gegendruck hatten eine riesige Wolkenwand aufgebaut, die sich mit Blitzen, Donner und heftigstem Regen im Zürcher Stadtzentrum entlud.

... wird verschwiegen

Trotzdem lobte der «Tages-Anzeiger» das Gelingen der Euro-Pride-Parade in höchsten Tönen (TA 8. Juni, S. 11). In Sachen Wetter berichtete Journalist Nussbaumer von «gleissendem Sonnenschein», der später von «schwarzen Wolken» abgelöst worden sei. Das Gewitter wird tunlichst verschwiegen. Dass ein anderer Journalist auf S. 20 derselben TA-Ausgabe darüber berichtet, dass der Regen mit voller Wucht das grösste Zürcher Open-Air-Konzert auf der Stolze-Wiese zum Erliegen brachte, verdriest die Chefredaktion offenbar nicht. Noch deutlicher schrieb der Journalist Daniel Ammann in der Quartierzeitung «Zürich Nord» über das Open Air: «Das brachial hereinbrechende Gewitter fegt die Wiese am späten Nachmittag in kürzester

Zeit leer, sämtliche Anwesenden flüchten in die weissen Zelte links und rechts am Wiesenrand.» (ZN 11. Juni, S. 5)

Für uns als Lobby machte es Sinn, Gott um das sichtbare Zeichen des Gewitters zu bitten. Wir hatten uns lange und intensiv bemüht, in die öffentliche Diskussion des Themas Homosexualität einzugreifen. Doch die Mainstream-Medien mauerten wie eh und je. Kein grosses Medium hat eine ausführliche Diskussion über die fatalen Spätfolgen der Homosexualität zugelassen – ganz im Gegenteil: Sie taten alles, um das Image des gelingenden LesboGay-BiTranssex-Lebens abzufeiern.

Gott um ein Zeichen gebeten

Um dieses eiserne Schweigen zu durchbrechen, haben wir Gott um ein Zeichen gebeten. Zwar haben wir unser Ziel, die ganze Parade zu verhindern, auch nicht erreicht. Doch sind wir sicher, dass viele der Teilnehmer von der Heftigkeit des Gewitters überrascht waren und zumindest einige den «Wink von oben» verstanden.

Unser Kampf geht weiter!

Grundsätzlich sind wir als Familienlobby froh, in dieser Sache nicht einfach geschwiegen zu haben. Gemeinsam mit anderen christlichen Organisationen konnten wir im Umfeld der Euro-Pride einige Türen aufstossen. Viele Christen haben mitgebetet und mit ihrer Unterschrift und im Gespräch Stellung bezogen. Wir wurden in den Massenmedien zwar angefeindet und verspottet, doch erzeugten wir grosse Öffentlichkeit und Tausende von Personen haben unsere Webseite besucht, um unsere Ziele und Inhalte kennenzulernen. Als Familienlobby sind wir somit hoch motiviert, den Kampf für eine christliche Erneuerung der Schweiz noch vehementer weiter voranzutreiben. ■



Conny Stettler-Zraggen

verheiratet, 3 Kinder, Primarlehrerin
Vorstandsmitglied Familienlobby
Schweiz

Der HERR ist langsam zum Zorn, aber von grosser Kraft, und er lässt gewiss nicht ungestraft. Der Weg des HERRN ist im Sturmwind und im Ungewitter, und Gewölk ist der Staub seiner Füsse.

Nahum 1,3

Offener Brief

Liebe Leserinnen und Leser Liebe EDU-Freunde

Von Michael Welz, Oberembrach

Im Zusammenhang mit unserer Fraktionserklärung zur Euro-Pride 09 ist es mir persönlich und auch uns fünf EDU-Kantonsräten ein Anliegen, Ihnen für die vielen positiven Reaktionen, Leserbriefe und für alle Gebetsunterstützung ganz herzlich zu danken. In dem ganzen Wirbel, der durch die Gegenreaktion verursacht wurde, durften wir auch als Familie die bewahrende Macht Gottes erleben.



Michael Welz

Gilt eine Kritik an einer Werbeplattform, welche einen Lebensstil propagiert, der eindeutig der biblischen Schöpfungsordnung widerspricht, als Herausforderung des Zeitgeistes, wie es fromme Kritiker befürchten, oder ist ein solches Bekenntnis bald mit einem Amoklauf zu vergleichen?

Immer öfter höre ich die Aussage: «Unsere Gesellschaft spinnt total.» Und trotzdem sägen Politik und Medien eilig am eigenen Ast weiter. Als EDU-Fraktion sowie für Sie und mich als Christen stellt sich immer wieder die Frage: Stehe ich ganz auf der Seite Jesu? Bin ich ein Botschafter von Christus, oder versuche ich, einen humanistischen, politisch korrekten Mittelweg zwischen der Welt und Jesus zu gehen? Der Zeitpunkt rückt näher, wo wir Christen herausgefordert werden, klar und eindeutig Stellung zu beziehen. Die biblische Schöpfungsordnung erweist sich zusehends als ein schroffer Gegensatz zum egoistischen Selbstverwirklichungszeitgeist, der uns zu Vereinnahmungen droht.

Die vollmundig angekündigte Euro-Pride 09 konnte nur minimale Kraft aufbauen. Die Anlässe seien so schlecht besucht worden, dass das Organisationskomitee einzelne Events annullieren musste und gar in die Kritik der Homosexuellen geraten sei.

Gebet bewegt Gottes Arm! Umso mehr bleibt es mein Gebetsanliegen, dass die verändernde Kraft Gottes sichtbar wird und Menschen Befreiung aus der homosexuellen Lebensform erleben können.

Ihnen allen, liebe Freunde, ein herzliches «Vergelt's Gott!»

Ihr Michael Welz

Schlusspunkt zum Eklat im Kantonsrat

«Wie viel Meinungsfreiheit verträgt unsere Demokratie?»

Fraktionserklärung

verlesen namens der EDU-Fraktion am Montag, 8. Juni 2009,
von Heinz Kyburz, Oetwil a.S.

Barack Obama hat vor ein paar Tagen in Kairo Mut machende Verse aus dem Koran zitiert und damit sowohl unter Moslems wie auch im Westen grossen Beifall geerntet. Die Stärke der Muslime ist ihre Kraft, die sie aus dem Glauben schöpfen. Die Schwäche der Christen hier im Westen ist die fehlende Identifikation mit ihrem Glauben. Die EDU fordert, dass in unserem Kanton dem Gott der Bibel, seinen Werten und deren Verkündigung die nötige Achtung entgegengebracht wird und die Verkündigung in keiner Weise eingeschränkt wird.



Heinz Kyburz

Gemäss Art. 16 der Bundesverfassung «ist die Meinungs- und Informationsfreiheit zu gewährleisten» und hat «jede Person das Recht, ihre Meinung frei zu bilden und sie ungehindert zu äussern und zu verbreiten». Dies gilt selbstverständlich auch für Äusserungen in diesem Ratssaal. So darf es nicht vorkommen, dass Zwischenrufe, unangemessenes emotionales Verhalten oder andere Störungen dazu führen, dass eine Meinung nicht verständlich oder umfassend geäussert werden kann. Setzen Sie sich als Politiker dafür ein, dass alle Argumente und Fakten in den politischen Debatten Gehör finden, und zwar auch ethisch-religiöse. Damit gewährleisten Sie das Funktionieren unserer Konkordanz.

Niemand darf in unserem Kanton diskriminiert werden. Das Diskriminierungsverbot untersagt, Menschen wegen bestimmter Merkmale ohne sachliche Rechtfertigung ungleich zu behandeln. Hingegen soll eine differenzierte Auseinandersetzung und freie Meinungsäusserung über verschiedene Menschengruppen möglich sein. So hat das Bundesgericht in einem kürzlich veröffentlichten Urteil in einem Wahlplakat der Walliser SVP keine Rassendiskriminierung gesehen. Die Richter führten aus, «es gebe ein Spannungsfeld zwischen der Meinungsfreiheit und dem Schutz vor Rassendiskriminierung. Der Wert der Meinungsfreiheit sei aber in der Demokratie ein hoher Stellenwert zuzumessen. Es müssten auch Standpunkte möglich sein, die einer Mehrheit missfielen oder die für viele schockierend wirkten.»

Wir müssen menschliches Verhalten immer wieder neu beurteilen und auch darüber sprechen. Dabei ist klar zwischen dem Menschen an sich und seinem Verhalten zu unterscheiden. Man kann einen Menschen schätzen, aber dennoch seine Meinung oder sein Verhalten in Frage stellen oder ablehnen. Lassen wir eine differenzierte politische Auseinandersetzung auch über Themen zu, bei denen die Gefahr besteht, dass sie all zu schnell emotionalisiert werden, und setzen wir uns für eine Versachlichung ein! Nur dann sind wir als Politiker glaubwürdig!

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Knecht ist nicht mehr als sein Herr – Schmähungen und Vorwürfe im Kantonsrat

Erstmals musste die EDU-Fraktion erleben, was es heisst, von allen Seiten angegriffen und missverstanden zu werden. Die von Michael Welz mutig vorgetragene Fraktionserklärung löste eine heftige Gegenreaktion im Rat und einen stürmischen Nachhall in der Presse aus. Ende Mai konnten die beiden Initiativen zur Suizidbeihilfe eingereicht werden. Die Pressekonferenz fand im Rathaus statt. Auch das war eine grosse Herausforderung. Aber Gott hat Gelingen und einige gute Interviews geschenkt! Daneben lief und läuft das politische Tagesgeschäft weiter. Lesen Sie dazu unseren Parlamentsbericht mit kurzen Ausschnitten der EDU-Referate.



Stefan Dollenmeier

Fraktionsbericht, zusammengestellt von Stefan Dollenmeier, Präsident der EDU-Kantonsratsfraktion

Nur noch patentierte Lehrer für Religion und Kultur

Von Stefan Dollenmeier, Rüti

Vor mehr als zwei Jahren hatte ich als damals noch einziger EDU-Vertreter die Forderung erhoben, dass auch die bisherigen Katechetinnen und Katecheten – meist bibelgläubige Personen – zum Unterrichten des neuen Fachs zugelassen werden sollten.

«Die Regierung ist nicht bereit, die bestens qualifizierten Katechetinnen und Katecheten zum Unterricht zuzulassen. Begabung und Motivation sind sicher wichtige Voraussetzungen, dass der Funke springt und Unterricht gelingen kann. Beide Voraussetzungen werden von den bisherigen Katechetinnen in hohem Masse erfüllt...

Lieber besser und günstiger als bloss teurer

Als Praktikumslehrer habe ich einige Katecheten in ihrer Ausbildung begleitet. Ich wage zu behaupten, dass diese Ausbildung intensiver und besser war als die Ausbildung einer Primarlehrperson in diesem Fach, selbst inklusive der nun erfolgenden Zusatzausbildung.

Wir beantragen nun, dass Katechetinnen für den Unterricht in Religion und Kultur zugelassen werden... Es wäre ausgesprochen schade und unökonomisch, diesen Pool an gut ausgebildeten Fachlehrkräften nicht zu nutzen. Viel sinnvoller ist es, diese Personen für die Zusatzausbildung zu motivieren und sie weiterhin an unserer Schule einzusetzen: für einen spannenden, abwechslungsreichen, motivierenden Un-

terricht in diesem wichtigen Fach Religion und Kultur!»

Leider verpasste die Motion mit 75 zu 67 (EDU, EVP, GLP und SVP) Stimmen relativ knapp die nötige Mehrheit, so dass bald an der Volksschule keine Katechetinnen und Katecheten mehr unterrichten werden.

Sanierung von Flur-, Fuss- und Wanderwegen

Von Michael Welz, Oberembrach

«Aus Gründen des Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes fordern Grüne, SP- und CVP-Vertreter vom Regierungsrat die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, damit in Zukunft keine Flur-, Fuss- und Wanderwege im Kanton Zürich asphaltiert oder mit Recycling-Asphaltgranulat saniert werden.

Gut gemeint, aber nicht subsidiär

Dieser Vorstoss ist wohl gut gemeint, zeigt aber mit einem generellen Verbot den fehlenden Bezug zur Praxis auf.

Die Gemeinde Oberembrach zum Beispiel mit rund 70 Kilometern Flur- und Feldwegen weist lediglich ca. drei Kilometer asphaltierte Wegstrecken auf. Zur Hauptsache sind steile Wegstücke asphaltiert, auf welchen vor der Asphaltierung bei starken Niederschlägen jeweils der Kiesbelag fortgeschwemmt wurde. Dies zeigt einen vernünftigen und massvollen Umgang mit einer Asphaltierung auf.

Die EDU ist nicht dafür, dass man jeden Wander- und Flurweg teert. Den Gemeinden soll aber die Kompetenz erhalten bleiben, entscheiden zu können, welche

«Den Gemeinden soll die Kompetenz erhalten bleiben, entscheiden zu können, welche Wegstücke asphaltiert werden und welche Wege einen Kiesbelag erhalten sollen. Schliesslich sind auch die Anstösser und Benutzer dieser Gemeinden am ehesten mit den jeweiligen Bedürfnissen und Situationen vertraut und greifen nach einem Unwetter zu Pickel und Schaufel.»

Michael Welz

Fraktion



Michael Welz

Wegstücke asphaltiert werden und welche Wege einen Kiesbelag erhalten sollen. Schliesslich sind auch die Anstösser und Benutzer dieser Gemeinden am ehesten mit den jeweiligen Bedürfnissen und Situationen vertraut und greifen nach einem Unwetter zu Pickel und Schaufel.»

Die EDU lehnte mit FDP und SVP diesen Vorstoss ab, unterlag jedoch durch die übliche mangelnde Präsenz der bürgerlichen Ratsseite mit 78 zu 79 Stimmen. Wir sind nun gespannt, wie der Regierungsrat dieses Anliegen behandeln wird.

EDU lehnt Steuergesetz ab

Von Hans Peter Häring, Wettswil

Die EDU hat bereits in der Eintretensdebatte festgehalten, dass sie der Verwaltung die notwendigen Mittel, welche sie für die Erledigung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigt, zur Verfügung stellen will. Die EDU-Fraktion stimmte deshalb gegen die von der Regierung vorgeschlagenen Steuerersenkungen.

Vermögenssteuer senken käme ungelegen

Wir haben uns auch gegen die Senkung der Vermögenssteuer ausgesprochen. Infolge des Kurszerfalls der Wertpapiere sind auch die Vermögen kleiner geworden, und somit verringern sich auch die Erträge aus der Vermögenssteuer, welche vom Einzelnen bezahlt werden müssen. Es gilt hier zu bedenken, dass mit der vorgeschlagenen Tarifanpassung dem Kanton Einnahmen von 43 Mio. Franken und den Gemeinden 49 Mio. Franken entgehen.

Familienpartei kontra «Familienpartei»

Als Familienpartei haben wir die Erhöhung der Kinderzulagen begrüsst und stimmten deshalb der Regierungsvorlage mit einem Abzug von 8300 Franken zu.

Wir sprachen uns aber gegen die Erhöhung des Abzugs für die Betreuung durch Drittpersonen aus, weil der Abzug für die Betreuung zu Hause abgelehnt worden war. Dies sei ein Systembruch, wie die Vertreterin der «Familienpartei» CVP ausführte. Hier stellte sich uns die Frage, ob das System wichtiger ist als die Gerechtigkeit. Bei der Rettungsaktion der UBS hat man sich auch nicht um das System gekümmert, sondern versucht, ein Problem auf unkonventionelle Art zu lösen. Wenn die Kinderbetreuung **ausserhalb** der Familie

vielfältig unterstützt wird, wie viel mehr sollte die Betreuung **in** der Familie finanziell belohnt werden. Denn diese ist bei weitem die beste aller Betreuungsformen. Dort eingesetztes Geld bringt den grössten Nutzen.

Im Anschluss an die Debatte haben wir mit der EVP und den Grünen das Behördenreferendum ergriffen. Das Volk wird nun das letzte Wort haben über diese Änderung des Steuergesetzes.

Bald ein nationales Entführungs-Frühwarnsystem?

Von Stefan Dollenmeier, Rüti

Die schrecklichen Ereignisse um die Entführung und den Mord am welschen Au-pair-Mädchen Lucie liessen den Ruf nach einem Entführungsalarmsystem nach dem Vorbild Frankreichs aufkommen. Die EDU unterstützte die Forderung. «... Wir müssen uns aber bewusst sein, dass dies nur Symptombekämpfung ist. Viel mehr Augenmerk müssen wir der Prävention geben, zum Beispiel Elternkurse für Erziehungsfragen, eine Ausgehregelung für Jugendliche ... und konsequente und schnelle Abwicklung bei Fällen der Jugendgewalt.» Der Regierungsrat war bereit, das dringliche Postulat entgegenzunehmen und Bern Druck zu machen.

Die EDU lehnt eine Härtefallkommission im Asylwesen ab

Von Heinz Kyburz, Oetwil am See

Eine von der SP eingereichte, sehr weitgehende Parlamentarische Initiative, welche den kantonalen Vollzug des Asylwesens festlegen und eine Härtefallkommission institutionalisieren will, ist mit 61 Stimmen (von SP, Grünen und EVP) ganz knapp vorläufig unterstützt worden.

Kein nachweisbarer Regelungsbedarf

Es ist aber anzunehmen, dass sie in der Kommission und später im Rat wie auch von der EDU keine Zustimmung finden wird: «Der vorliegende Gesetzesentwurf schießt über das Ziel hinaus und suggeriert einen Regelungsbedarf, den es in dieser Art und Weise nicht gibt. Die von

«Wenn die Kinderbetreuung **ausserhalb** der Familie vielfältig unterstützt wird, wie viel mehr sollte die Betreuung **in** der Familie finanziell belohnt werden. Denn diese ist bei weitem die beste aller Betreuungsformen. Dort eingesetztes Geld bringt den grössten Nutzen.»

Hans Peter Häring

Kantonsrat

den Initianten erwähnten problematischen Situationen in der Umsetzung und die dadurch in der Öffentlichkeit geführten kontroversen Diskussionen betreffen Einzelfälle und sind nicht Ausdruck fehlender Vollzugsregelungen. Vielmehr sind sie die Folge von politisch unterschiedlichen Werthaltungen sowie der Kollision von politischen, humanitären, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen. Die Initianten haben einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der treu der SP-Parteilinie einseitig die humanitären Rechte der Asylsuchenden wahrnimmt und die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen unseres Kantons vernachlässigt. Mit der beabsichtigten Schaffung einer Härtefallkommission wird diese Tendenz noch verstärkt, und die Verfahren werden eher erschwert und verlängert. Dies ist weder im Interesse der Asylsuchenden noch des Kantons Zürich.»

Keine Bewilligungsverfahren im Eilzugstempo



Hans Egli

Von Hans Egli, Steinmaur

Die FDP wollte unter dem Vorwand des Gebäudesanierungsprogramms das Baubewilligungsverfahren bei Sanierungen ohne Baukommissionsentscheid der Gemeinde einführen.

«Auch ich habe mich schon über die immer grössere Menge an Formularen und Bestätigungen von akkreditierten Büros geärgert, die heute bei Baugesuchen verlangt werden. Vor allem bei kleineren Umbauten ist der bürokratische Aufwand enorm. Deshalb ist die Forderung nach Vereinfachung verständlich und nachvollziehbar.

Baukommission darf nicht ausgehebelt werden

Die FDP forderte den Erlass der Baubewilligung bei energetischen Sanierungen. Da bei den meisten energetischen Sanierungen zum Beispiel Ausbauten der Dachgeschosse zu Wohnzwecken oder Wohnraumerweiterungen geplant werden, ist in diesen Fällen eine Befreiung der Baubewilligungspflicht nicht sinnvoll. Zu gross wäre die Gefahr, dass bewilligungspflichtige Bauten unkontrolliert erfolgten und Missbrauch Tür und Tor geöffnet wäre.» Der Rat und die EDU lehnten mit 116 zu 53 diesen Vorstoss ab.

«Dass man den Jugendlichen einen Bären dienst erweist, wenn man solches Verhalten (Schulschwänzen) durchgehen lässt, liegt auf der Hand. Wer will schon einen Lehrling, der nur kommt, wenn es ihm gerade passt?»

Stefan Dollenmeier

Zurück zum Absenzeneintrag im Zeugnis

Von Stefan Dollenmeier, Rüti

Die Forderung, im Zeugnis wieder Absenzen einzutragen, fand im Rat mit 118 zu 47 Stimmen eine grosse Mehrheit. «Oft sind die Gründe (für Absenzen) inakzeptabel, weshalb man mit Fug und Recht von Schulschwänzen sprechen kann. Dass man den Jugendlichen einen Bären dienst erweist, wenn man solches Verhalten durchgehen lässt, liegt auf der Hand. Wer will schon einen Lehrling, der nur kommt, wenn es ihm gerade passt? ... Deshalb ist die Forderung sinnvoll.»

Kommt Handy-Verbot an Schulen?

Von Stefan Dollenmeier, Rüti

Der Fraktionspräsident unterstützte namens der EDU die Forderung nach Richtlinien für ein Handy-Verbot. «Ich kann Ihnen bestätigen, dass Handys an der Schule bereits seit Jahren immer wieder zu Problemen führen. Sei dies, dass bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit SMS verschickt werden oder gar im Unterricht das Telefon klingelt oder sei dies, dass Bilder und Filme aus der untersten Schublade herumgesendet werden, oder am schlimmsten, wenn sogar Gewalt oder Sexszenen gefilmt und meist zum Schaden der abgebildeten Personen verbreitet werden.

Die Regierung hat den Handlungsbedarf erkannt und ist bereit, den Schulen in diesen Fragen den Rücken zu stärken. Bitte hindern Sie sie nicht daran, etwas Gutes zu tun!»

Das Postulat wurde mit 80 zu 46 Stimmen mit 19 Enthaltungen (bes. SP) überwiesen.

Die Zürcher Kantonalbank konnte sich profilieren

Von Heinz Kyburz, Oetwil am See

Bei der Abnahme des Jahresberichtes die Abkürzung ZKB für einmal mit «Zunehmender Kantonsrätlicher Bewunderung» zu übersetzen, schien uns für den erfolgreichen Kurs, den die ZKB im vergangenen Jahr trotz Bankensterben beibehalten konnte, als Kompliment angemessen zu

Fraktion



Heinz Kyburz

«Wir finden es richtig, dass die ZKB auf freiwilliger Basis dem Prinzip der Nachhaltigkeit einen besonderen Stellenwert einräumt. Dabei muss aufgrund des Kernauftrags der ZKB sowohl die ökonomische Nachhaltigkeit wie auch die soziale Nachhaltigkeit gegenüber der ökologischen Nachhaltigkeit klar Priorität haben.»

Heinz Kyburz

sein. Die EDU stellte aber auch Forderungen: «Den Kurs beibehalten, keine Maximalrenditen, keine nicht kalkulierbaren Risiken und keine unnötigen internationalen Verflechtungen. Die nahe Bank soll nicht nur ein vertrauensbildender Slogan, sondern auch Leitmotiv für die ZKB bleiben. Wir erwarten von der ZKB ein ethisches, wertorientiertes und verantwortungsvolles Handeln, das diesen Ansprüchen gerecht wird. Mit Genugtuung haben wir auch zur Kenntnis genommen, dass sich die ZKB im Zusammenhang mit der Sulzer-Affäre von denjenigen Personen getrennt hat, welche sich nicht korrekt verhalten haben.» Auf die von der SP und den Grünen eingereichten Vorstösse, welche die ZKB zur Nachhaltigkeit verpflichten wollten, sind die übrigen Parteien (inkl. EDU) nicht eingetreten: «Wir finden es richtig, dass die ZKB auf freiwilliger Basis dem Prinzip der Nachhaltigkeit einen besonderen Stellenwert einräumt. Dabei muss aufgrund des Kernauftrags der ZKB sowohl die ökonomische Nachhaltigkeit wie auch die soziale Nachhaltigkeit gegenüber der ökologischen Nachhaltigkeit klar Priorität haben. Von besonderer Bedeutung ist auch der Schutz wirtschaftlicher Ressourcen vor der Ausbeutung durch Spekulanten, Oligarchen und fremde Staaten.»

Massnahmenzentrum Uitikon soll saniert und erweitert werden

Von Hans Egli, Steinmaur

Das Massnahmenzentrum Uitikon ist eine für den Vollzug von Massnahmen an jungen Erwachsenen im Alter zwischen 17 und 30 Jahren spezialisierte Einrichtung mit derzeit 48 Wohn- und Arbeitsplätzen, die nun auf 60 Plätze aufgestockt werden soll.

Die Umbaukosten von total 29,6 Mio. Franken umfassen die Erweiterung der geschlossenen Abteilung, Minergiestandard im Umbau und Sanierung des Altbaus.

Rechtsstaatlichkeit wäre auch etwas günstiger zu haben gewesen

Wie alle Parteien befürwortet auch die EDU den Ausbau aus Sicht der Rechtsstaatlichkeit. Es ist wichtig und richtig, jugendstrafrechtliche Massnahmen in einer dafür geeigneten Institution umzusetzen.

Die EDU sah in diesem Projekt auch noch Sparpotenzial und forderte zusammen mit

der SVP eine Plafonierung des Kredits auf 28 Mio. Franken. Leider wurde nicht zwischen Wünschbarem und Nötigem unterschieden. Der Kredit wurde in voller Höhe bewilligt.

Krawallbekämpfung vordringlich

Von Stefan Dollenmeier, Rüti

Die Diskussion um die Abschaffung des 1. Mai als kantonaler Feiertag fand kurz nach den Krawallen anlässlich der Fussballspiele in Zürich und Bern statt. Der Fraktionspräsident forderte unter anderem die «Durchsetzung des Vermummungsverbots, die rigorose Auswertung des Bildmaterials, exemplarische Strafen für überführte Täter und ein Rayon-Verbot an Fussballspielen. Eins steht fest: Ein hilfloses Laisser-faire hätte fatale Folgen. Was wir heute spriessen lassen, müssen wir morgen ernten. Über kurz oder lang sitzt diese Jugend an den Schalthebeln der Macht. Dann Gnade uns Gott!»

JA zur Mundart

Von Thomas Ziegler, EVP-Kantonsrat, und Gaby Fink, Kindergärtnerin

In der Rekordzeit von nur drei Monaten ist die Initiative «JA zur Mundart im Kindergarten» mit fast 12'000 Stimmen zustande gekommen. Das Initiativkomitee, dem unter anderem auch EDU-Kantonsrat Stefan Dollenmeier angehört, dankt den vielen EDU-Mitgliedern, die als aktive Sammler und Sammlerinnen oder als Unterschreibende dazu beigetragen haben.

Um der Initiative auch an der Urne zum Durchbruch zu verhelfen, haben Kindergärtnerinnen und Politiker verschiedener Parteien einen gleichnamigen Verein gegründet. Passive Unterstützungsglieder, aber natürlich auch Personen, die aktiv im Abstimmungskampf mithelfen wollen, sind sehr willkommen. Mit der Einzahlung des Mitgliederbeitrags von 30 Franken auf PC 85-104679-6 ist man dabei. Weitere Informationen auf: www.mundart-kindergarten.ch

Aufbruch in der Stadt Zürich

Von Heinz Kyburz, Oetwil a.S.
Vizepräsident EDU Kanton Zürich

Barack Obama zitierte in Kairo aus dem Koran und begeistert dadurch unzählige Muslime und sicher auch viele Menschen im Westen. Gott weiss, wie er es meint, und wir werden es wohl bald auch wissen!

Wir zitieren hier aus der Bibel und möchten bei Ihnen ähnliche Begeisterungstürme auslösen: **«Kaleb aber beschwichtigte das Volk, das gegen Mose murrte, und sprach: Lasst uns hinaufziehen und das Land einnehmen, denn wir können es überwältigen. Aber die Männer, die mit ihm hinaufgezogen waren, sprachen: Wir vermögen nicht hinaufzuziehen gegen dies Volk, denn sie sind uns zu stark.»** (4Mose 13,30+31).

Erkennen Sie sich eher in Kaleb oder in den übrigen Männern, die mit ihm das verheissene Land, in

dem «Milch und Honig» fliessen, erkundet hatten und dann doch zum Rückzug aufriefen. Bei den übrigen Männern handelte es sich um Verantwortliche, die im Volk eine hohe Stellung und Ansehen hatten. Sie waren Menschen, auf die man hörte und die dem Volk Israel schliesslich 40 Jahre Wanderung durch die Wüste einbrachten!

Kaleb und Josua konnten dagegen von Gott gebraucht werden. Männer, die an Gottes Allmacht glaubten und bereit waren, sich in den Dienst Gottes zu stellen, und das scheinbar Unmögliche anzupacken. Solche Männer und auch Frauen suchen wir in der Stadt Zürich. Menschen, denen es nicht egal ist, wenn die Stadt Zürich unter der links-grünen Regierung weitere 40 Jahre Zentrum antigöttlicher Mächte ist und sich als liberale, tolerante und weltoffene Stadt zelebriert, die nur noch die Ethik der egozentrischen Selbstverwirklichung kennt.

Die Zeit ist reif, um in der Stadt Zürich eine mutige und engagierte EDU aufzubauen, in der sich Christen für die Etablierung des

Wortes Gottes einsetzen. Wir glauben daran, dass sich drei weitere Mitarbeiter für eine Tätigkeit im Vorstand der EDU der Stadt Zürich berufen lassen und die bereit sind, «das gute Land, das Gott uns gibt, einzunehmen».

Wir gestehen unser Unvermögen ein und erwarten Gottes Hilfe. Gott will in der Stadt Zürich einen geistlichen Aufbruch schenken. Wir wollen mit dem Gefäss der EDU Stadt Zürich Gott zur Verfügung stehen, damit der geistliche Segen gesellschaftlich wirksam wird.

Vielleicht möchte Gott **gerade Sie** für die EDU-Mitarbeit berufen. Zögern Sie nicht und setzen Sie sich mit mir in Verbindung. Gott segne Sie!

Kontakt: hkyburz@edu-zh.ch

Voranzeige:

Parteitag EDU Stadt Zürich

Montag, 5. Oktober 2009, 20 Uhr,
Habsburgstr. 17, 8037 Zürich

Gebetstreffen

Steinmaur

Jeweils am 2. und 4. Montag des Monats um 20.00 Uhr:
13. und 27. Juli, 10. und 24. August
14. und 28. September 2009
Ref. Kirchengemeindehaus (1. Stock)
Schulwiesstrasse 7, 8162 Steinmaur

Auskunft:

Marianne Wäfler, Tel. 044 856 01 93
Ruth Sevin, Tel. 044 858 49 37

Richterswil

NEU

Jeweils am 2. Freitag des Monats um 20.00 Uhr:
10. Juli, 11. Sept., 9. Okt. 2009
Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil

Auskunft:

Sonja Denzler, Tel. 044 784 30 23

Männedorf

Jeweils am Freitag, 9.45–10.45 Uhr in den geraden Kalenderwochen:
10. und 24. Juli; 7. und 21. August
4. und 18. September 2009
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf

Auskunft:

Margrit Vetter, Tel. 044 920 45 43

Gossau

NEU

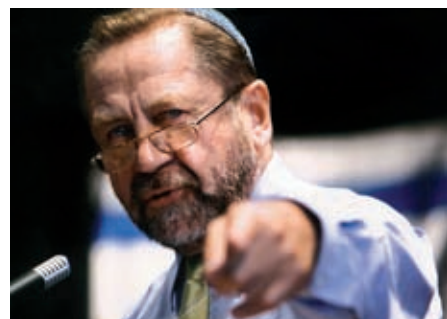
Jeden Mittwoch, 19.30 Uhr
(nach Absprache auch andere
Abende möglich, ausser Montag)
Im Zentrum 12, 8625 Gossau

Auskunft:

Sven und Erika Schelling
Tel. 043 928 07 57

Der Gazakrieg und Israels neue Regierung

Ludwig Schneider aus Jerusalem



Dienstag, 28. Juli 2009, 20.00 Uhr

Horgen: Zentrum „Schinzenhof“,
Alte Landstrasse 24, Grosser Saal

Auskunft: Tel 044 780 94 82 A. Mezzadri

Kontradiktorische Debatte in Winterthur

Dr. Roger Liebi, STH Basel
Dr. Peter Schmid, Uni Zürich

zum Thema

Schöpfung contra Evolution

Donnerstag, 17. September 2009, 20 Uhr
Alte Kaserne, grosser Saal
Technikumstrasse 8, 8402 Winterthur

Veranstalter: Freidenker Sektion Winterthur

200 Jahre Charles Darwin

Darwin und seine
Evolutionstheorie:

Wahrheit oder Irrtum?



(C) 2009 www.bohner-concept.de

Montag,
24. Aug. 2009, 20⁰⁰ h

Landgasthof Breiti
Seebnerstr. 21, 8185 Winkel

Computer-
Präsentation
Roger Liebi
Dr. theol.

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Zürcher Unterland
www.edu-zh.ch

**BITTE VORMERKEN
UND WEITERSAGEN!**

**FÜR LEHRER,
SCHÜLER UND ELTERN**

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale